

Beschluss

Guantánamo schließen – Unschuldige Gefangene aufnehmen

Wir fordern die Bundesregierung auf einen Teil der von den USA als unschuldig angesehenen Insassen des Gefangenenlagers Guantánamo in Deutschland aufzunehmen. Der Bitte der US-Regierung diesbezüglich ist zügig nachzukommen. Die Schließung des Lagers darf nicht durch eine Ablehnung oder langwierige Prüfung verhindert oder verzögert werden.

Begründung:

Das Lager in Guantánamo ist die Achillesferse der Menschenrechtspolitik des Westens und muss endlich geschlossen werden. Die USA haben unter der neuen Administration erkannt, dass die Errichtung dieses Lagers ein Fehler war. Deutschland und die Europäische Union müssen den neuen US-Präsidenten nun bei der Bewältigung dieses Fehlers unterstützen. Eine Schließung darf nicht an den Europäischen Verbündeten scheitern.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befinden sich unter den ca. 250 Insassen auch rund 50 Insassen, denen von Seiten der US-Regierung nichts mehr zur Last gelegt wird. Die US-Regierung hat die Bundesregierung offiziell ersucht, einen Teil der unschuldigen Gefangenen aufzunehmen. Nach Medienberichten handelt es sich um 10 Uiguren. Diese können nicht in ihr Heimatland China zurückgeschickt werden, da ihnen dort Folter droht. Die uigurische Gemeinde in München hat bereits erklärt, sich intensiv um die Integration dieser Menschen in Deutschland kümmern zu wollen.

Es ist davon auszugehen, dass das Pentagon und andere US-Einrichtungen die Unschuld der Gefangenen in den letzten Jahren intensiv geprüft haben. Eine erneute Prüfung durch das Bundesinnenministerium sollte deshalb unbürokratisch sein und nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Selbstverständlich darf durch die Aufnahme von Gefangenen keine Gefahr für die Bevölkerung ausgehen. Die Sachlage lässt aber das Zutreffen einer solchen Befürchtung nicht erkennen.

Der Fraktionsvize der CDU, Wolfgang Bosbach, wird mit dem Satz zitiert: Wenn jemand völlig unschuldig ist, warum ist er dann nicht schon längst entlassen worden? Dieser Satz zeigt nicht nur völlige Unkenntnis über die Sachlage, sondern offenbart auch ein erschreckendes Rechtsstaatsverständnis. Die kalte Schulter gegenüber unschuldigen Gefangenen und Folteropfern zu zeigen, ist einer Partei mit dem großen C im Namen unwürdig. Solche Aussagen aus der Union zur Aufnahme von unschuldigen Gefangenen sind Wahlkampfgetöse auf Kosten des Rechtsstaates und der Menschenrechte. Das werden wir der Union nicht durchgehen lassen.